

Bezirksamt Sennestadt, 04.03.2011, 5654
163 Schwa.

Niederschrift über die Anwohner-Informationsveranstaltung im Bürgertreff des Sennestadthauses zum Thema „Markengrund“ am 01.03.2011, 18.00 Uhr

Grund für die heutige Veranstaltung ist die von der Bezirksbürgermeisterin Frau Klemens in der Sitzung der Bezirksvertretung am 10.02.2011 in der Einwohnerfragestunde ausgesprochene Einladung an die zahlreich erschienen Anwohner des Markengrundgebietes, die Sachlage in einer gesonderten Veranstaltung zusammen mit der Verwaltung zu erörtern.

Den Fragen der rund 100 Anwesenden stellen sich neben der Bezirksbürgermeisterin Frau Klemens von der Verwaltung Herr Baudezernent Moss, Herr Homann vom Amt für Verkehr und Herr Fidler vom Bauamt. Vom Bezirksamt Sennestadt nehmen der Amtsleiter Herr Schäffer und Frau Schwabedissen als Schriftführerin teil.

Frau Klemens begrüßt die Anwesenden und stellt die Punkte vor, über die heute gesprochen werden soll.

1. Wegeausbau
2. Benennung der Wege im Wochenendgebiet
3. Flächenhafte Abholzungen auf einzelnen Wochenendgrundstücken

Sie beginnt mit dem Punkt 3, indem sie berichtet, es sei in den letzten Wochen vermehrt festgestellt worden, dass einzelne Grundstücke nahezu komplett abgeholzt worden seien, obwohl laut Bebauungsplan nur maximal 20 % der auf einem Grundstück stehenden Bäume gefällt werden dürften. Man werde diese Kahlschläge nicht tolerieren und schon gar nicht legalisieren.

Herr Apel, zweiter Vorsitzender des Vereins Markengrund e.V., trägt stellvertretend für viele bzw. die meisten Anwohner des Markengrundgebietes vor, was sie an der Planung der Verwaltung zum Ausbau der Straßen im Wochenendgebiet kritisieren. Grundsätzliche Bitte sei, auf den vorgeschlagenen Ausbaustandard der Straßen zu verzichten. Man könne auch mit geringeren Mitteln eine Befestigung der Wege erreichen. Ein im vergangenen Jahr in dieser Sache vom Verein Markengrund e.V. an den Oberbürgermeister gerichtetes Schreiben, in dem auf die Problematik hingewiesen wurde, dass die Anwohner den Ausbaustandard nicht wünschten, sei von diesem leider anders beantwortet worden als man auf Grund der Vorgespräche erwartet und erhofft hatte. Herr Apel appelliert an die Politik, die Beschlüsse zum Ausbau der Wege im nördlichen gelegenen Teil des Wochenendgebietes zurück zu nehmen. Dies betreffe auch die künftigen Planungen für den Ausbau der Straßen im südlichen Teil des Markengrundgebietes, die zu einem späteren Zeitpunkt folgen sollen.

Frau Klemens stellt heraus, dass in der heutigen Versammlung keine Beschlüsse gefasst würden. Es sei eine reine Informationsveranstaltung, zu der zwar auch Mitglieder der Bezirksvertretung erschienen seien, aber keine Sitzung der Bezirksvertretung.

Sodann trägt Beigeordneter Herr Moss zur Sachlage vor.

Er berichtet zunächst von dem Beschluss der Bezirksvertretung Sennestadt aus dem Jahr 2008, die Wege im Wochenendgebiet – zunächst nördlich des Senner Hellweges – unter anderem aus Brandschutzgründen auszubauen.

Er betont, dass der gültige Bebauungsplan die Stadt zum Ausbau der Wege verpflichte. Außerdem senke der Ausbau die hohen Reparaturkosten, die die Stadt bisher aus den Steuermitteln aller Bielefelder Bürger für den Bereich Markengrund habe einsetzen müssen.

Herr Moss bittet dann Herrn Homann, den vorgesehenen Ausbaustandard der Wege zu erläutern.

Herr Homann trägt mit grafischen Darstellungen vor, in welcher Breite und mit welchen Mitteln der Ausbau der Straßen im nördlichen Bereich erfolgen soll.

Herr Apel bittet die Verwaltung darum, zu erläutern, welche Wege im südlichen Teil ausgebaut werden sollen.

Herr Fidler beantwortet diese Frage. Eine detaillierte Planung hierzu ist derzeit jedoch noch nicht vorhanden.

Herr Apel stellt dann noch einmal dar, was die Anwohner des Markengrundgebietes tatsächlich möchten. Der gültige Bebauungsplan sehe einen Ausbau wie jetzt geplant für das Gebiet nicht vor. Straßen in einer Breite von 10 m seien im Waldgebiet nicht gewünscht. Es gebe andere Möglichkeiten, Straßen bzw. Wege so anzulegen, dass sie sich dem Waldcharakter anpassen.

Diese Äußerung setzt die Diskussion zwischen den Anwohnern und den Vertretern von Politik und Verwaltung in Gang.

Ein Herr fragt, welche Gründe die Verwaltung tatsächlich habe, wenn sie die Wege wie vorgestellt ausbauen wolle, obwohl selbst die Feuerwehr sage, dass ihr die vorhandene Brandschutzschneise so genüge und eine Asphaltierung nicht zwingend notwendig sei.

Herr Moss erinnert daran, dass seit 2003 /2004 über den Ausbau der Wege im Markengrund gesprochen werde und dieses nicht zuletzt wegen einer von außen an die Verwaltung herangetragenen Forderung. Die Verwaltung habe dann seinerzeit den Anwohnern auch aus Kostengründen das Angebot gemacht, für den Ausbau der Wege nach gewissen Vorgaben selbst zu sorgen. Von diesem Angebot habe die Eigentümergemeinschaft jedoch keinen Gebrauch gemacht.

Er verstehe, dass die Anwohner eine minimalistische Lösung für den Ausbau der Wege wünsche, aber der Gesetzgeber habe dazu Grenzen festgelegt, die nicht unterschritten werden könnten. Andernfalls könne es zu rechtlichen Konsequenzen führen.

Zwar habe die Stadt rund 30 Jahre die Herstellung der Wege vor sich her geschoben, anders als in anderen (Wohn-)Gebieten seien die Anwohner bisher aber auch nicht zu Beiträgen herangezogen worden.

Herr Apel bemerkt, dass sich die Bezirksvertretung seinerzeit in den 80er-Jahren gegen einen Ausbau der Straßen im Wochenendgebiet in dieser Größenordnung ausgesprochen hatte. Wenn auch der gültige Bebauungsplan den Ausbau der Wege im Markengrundgebiet vorsehe, so sei dieser Plan doch – zumindest teilweise – änderbar. Es sei dort nur Anliegerverkehr vorhanden, der einen Straßenausbau in der vorgestellten Größenordnung überflüssig mache.

Seine persönliche Meinung sei diese: Die Bezirksvertretung will dort kein Wohngebiet mit Dauerwohnen zulassen, dann sind auch die Straßen und Wegebezeichnungen nicht nötig.

Diese Aussage wird von den meisten Anwesenden unterstützt.

Dennoch gibt es auch einige Meinungsäußerungen, die den vorgeschlagenen Straßenbau zwar ebenfalls nicht befürworten, aber eine eindeutige Bezeichnung der Wege und der Gebäude für wünschenswert halten.

Frau Klemens erläutert, dass die Bezirksvertretung den Vorschlag der Verwaltung zur Bezeichnung der Wege im Markengrundgebiet aus grundsätzlichen Erwägungen in ihrer Sitzung am 10.02.2011 abgelehnt hat. Man fördere damit das nicht berechnete Dauerwohnen im Gebiet, außerdem sei nicht auszuschließen, dass dann weitere Forderungen wie Postzustellung und geregelte Müllabfuhr hinzukämen.

Herr Moss betont erneut, dass die Wege nach minimalem Standard ausgebaut würden, der nach Würdigung durch die Rechtsberater der Stadt noch abrechnungsfähig sei.

Herr Apel entgegnet, dass sich die Anwohnerschaft des Markengrundgebietes die Ergreifung weiterer Maßnahmen vorbehalte, um den Ausbau der Wege in der von der Verwaltung vorgestellten Form zu verhindern. Dazu werde man sich rechtlichen Beistand holen, der die Aktualität der Bebauungspläne überprüfen solle.

Herr Moss wiederholt das Angebot an die Anwohner des südlichen Teiles des Markengrundgebietes, bezüglich des Ausbaues der Wege selbst tätig zu werden zu können, wenn sie in dieser Sache an die Verwaltung herantreten würden.

Frau Klemens beendet gegen 19.30 Uhr die Versammlung mit der Bemerkung, dass die Argumente hinreichend ausgetauscht seien und letztlich der heutigen Diskussion keine neuen Erkenntnisse zu entnehmen seien, die eine andere Einschätzung der Sachlage zuließen.

I. A.

C. Schwabedissen